



Wenn Feindbilder normaler werden, wird die Stadt unsicherer: Tausende Fälle von Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit in Berlin

Extrem rechte Botschaften und Aktionen breiten sich in Berlin weiter aus. Das Zeigen die Berliner Register mit ihrem neuen Bericht für 2025.

Deutlich mehr rassistische und extrem rechte Angriffe, Bedrohungen und Propaganda wurden in Berlin im vergangenen Jahr erfasst. Von 8.286 solcher Fälle berichteten die Berliner Register am Dienstag – ein neuer Höchststand. 2024 waren es noch 7.720. Dies deutet auf die Ausweitung menschenfeindlicher Einstellungen in der Stadt hin, weit über die extrem rechte Szene hinaus.

„Die erfassten Aufkleber, Demonstrationen, Ausgrenzungen und Übergriffe richten sich gegen alle, die in extrem rechte Feindbilder passen. Ihr Alltag ist zunehmend unsicher“, sagte Lea Lölhöfel aus der Koordinierung der Berliner Register.

Beispiele gibt es viele: Ein Mann entfernte einen Neonazi-Aufkleber und wurde mit Pfefferspray angegriffen. Ein queerer Mensch wurde aus dem Fitnessstudio geworfen. Eine Kundin wurde im Supermarkt antisemitisch beleidigt. Ein Mann wurde in der S-Bahn rassistisch bedroht und geschlagen. Lea Lölhöfel erklärte: „Betroffene bekommen die zugespitzten Debatten um Migration, Transrechte und den Nahost-Konflikt zu spüren“ – sie werden zur Zielscheibe.

Der Bericht zeigt einen starken Anstieg im Themenfeld Rassismus (2.320 Fälle). Im Durchschnitt wurden mehr als zwei Fälle rassistischer verbaler oder körperlicher Übergriffe pro Tag gezählt. Frauen und Minderjährige sind am häufigsten betroffen. Wenn Mütter mit Kopftuch oder Schwarze Familien auf der Straße angefeindet werden, weitet sich die Gewalt auch auf die anwesenden Kinder und Jugendlichen aus.

Menschen, die sich gegen rechts engagieren, gerieten verstärkt ins Visier (1.641 Fälle): Besonders im Osten der Stadt wurden Pöbeleien und Gewalt durch jugendliche Neonazis erfasst. Sie störten Wahlkampfteams demokratischer Parteien, griffen Antifas und Menschen mit alternativem Aussehen an. Queerfeindlichkeit (569 Fälle) und Bezüge auf den Nationalsozialismus (1.054 Fälle) wie Hakenkreuz-Graffiti, erreichten ebenfalls einen Höchststand. Ebenso bewegen sich antisemitische Vorfälle seit zwei Jahren auf einem anhaltend hohen Niveau (1.705 Fälle).

Das Projekt betonte zugleich die Stärke der Zivilgesellschaft: Es gab breite Bündnisse gegen extrem rechte Aufmärsche, Berliner*innen zeigten Zivilcourage und halfen Betroffenen. „Wer bei uns einen Vorfall meldet, tritt für Mut und Zusammenhalt ein“, sagte Lea Lölhöfel.

Die Berliner Register sammeln seit 20 Jahren Ereignisse und Beobachtungen extrem rechter Aktivitäten und alltäglicher Diskriminierung in allen Bezirken. Dabei werden auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gezählt, um ein umfassendes Lagebild zu erstellen und Impulse für Gegenstrategien zu geben.

Weitere Presseinformationen, Material und Berichte der bezirklichen Registerstellen:

<https://berliner-register.de/pk26>

Kontakt: Lea Lölhöfel, Koordinierung Berliner Register, info@berliner-register.de, 01590-1955133

Die Koordinierung der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH, Kastanienallee 55, 12627 Berlin
GF.: Dr. W. Drahs, Hr. A. Wächter
E-Mail: info@pad-berlin.de



Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

